

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Erster Teil. Eine kurze Einführung	1
§ 1 <i>Erkenntnisinteresse</i>	2
§ 2 <i>Methodologie</i>	7
§ 3 <i>Der Begriff der Europäisierung</i>	21
Zweiter Teil. Grundlagen der Europäisierung – Ein historischer Überblick	31
§ 4 <i>Die politische und die juristische Integrationsgeschichte im Kontrast</i> 32	
§ 5 <i>Der EuGH als „Motor der Europäisierung“ in historischer Darstellung</i>	86
§ 6 <i>Der EuGH als pragmatischer „political player“</i>	138
Dritter Teil. Die Rechtswissenschaft und das Gemeinschaftsrecht.....	169
§ 7 <i>Juristische Zeitschriften als „Spiegel“ der Wahrnehmung des Gemeinschaftsrechts in der Rechtswissenschaft</i>	171
§ 8 <i>Die rechtswissenschaftliche Befassung mit dem Gemeinschaftsrecht – eine Chronologie der Inhalte</i>	187
§ 9 <i>Periodisierung und Einordnung der rechtswissenschaftlichen Wahrnehmung des Gemeinschaftsrechts</i>	231
§ 10 <i>Europäisierung der Juristenausbildung: Die Kenntnis deutscher Juristen vom Gemeinschaftsrecht</i>	254

Vierter Teil. Die Europäisierung der drei Gewalten.....	301
§ 11 <i>Europäisierung der Legislative</i>	304
§ 12 <i>Europäisierung der (Ministerial)Verwaltung</i>	349
§ 13 <i>Europäisierung der Justiz</i>	384
Fünfter Teil. Theoretischer Rahmen und Systematisierung der Einwirkungsmechanismen des Gemeinschaftsrechts.....	431
§ 14 <i>Notwendigkeit neuer theoretischer Konzepte und Charakterisierung des Verbundes von nationalem und gemeinschaftlichem Recht als föderale Ordnung</i>	432
§ 15 <i>Systematisierung der Einwirkungsmechanismen des Gemeinschaftsrechts auf das nationale Recht.....</i>	451
Sechster Teil. Das europäisierte deutsche Recht	487
§ 16 <i>Die zentralen Ergebnisse dieser Arbeit</i>	488
§ 17 <i>Das europäisierte deutsche Recht.....</i>	492
§ 18 <i>Der Umgang mit dem europäisierten deutschen Recht.....</i>	495
Literaturverzeichnis	501
Entscheidungsregister	566
Sach- und Personenregister	574

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht.....	VII
Erster Teil. Eine kurze Einführung	1
§ 1 <i>Erkenntnisinteresse</i>	2
§ 2 <i>Methodologie</i>	7
A. Interdisziplinarität und das Zauberwort der „Anschlussfähigkeit“.....	7
B. Intradisziplinäre Offenheit der Arbeit	11
C. Das Verständnis des geltenden europäisierten deutschen Rechts aus seiner geschichtlichen Entwicklung	12
I. Der wissenschaftliche Anspruch geschichtlicher Forschung als solcher	13
II. Die Ergänzung historischen Wissens um juristisches Wissen	13
III. Der praktische Nutzen historischer Betrachtung.....	14
IV. Der Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte der Jurisprudenz	16
V. Die Gefahr des Historizismus	17
D. Empirische Abbildung des <i>law in action</i>	18
E. Eine historisch-empirische Studie.....	20
§ 3 <i>Der Begriff der Europäisierung</i>	21
A. Verwendung des Begriffs der Europäisierung	21
B. Begriffsklärung „Europäisierung“.....	23
I. „Europäisierung“: Nicht nur bloße Veränderungen von Normtexten, sondern die faktische Veränderung der Staatsgewalt.....	24
II. „Europäisierung“: Nicht nur bloßer Wandel einzelner Rechtsgebiete, sondern Wandel der gesamten Rechtsordnung....	25
III. „Europäisierung“: Nicht nur einseitiger Vorgang, sondern wechselseitige Beeinflussung.....	26

IV.	Europäisches Recht: Nur Gemeinschaftsrecht oder auch anderes europäisches Recht (insbes. EMRK)?	26
C.	Das dieser Arbeit zugrundeliegende Begriffsverständnis: Europäisierung als „EU-isierung“ der gesamten Rechtsordnung	27
	I. Quantitatives Begrenzungsargument	28
	II. Qualitatives Begrenzungsargument	28
	Zweiter Teil. Grundlagen der Europäisierung – Ein historischer Überblick	31
§ 4	<i>Die politische und die juristische Integrationsgeschichte im Kontrast</i>	32
A.	Die Geburt der Supranationalität: <i>Schuman-Plan</i> und Montanunion....	34
B.	Der gescheiterte Anlauf zu militärischer und politischer Integration: Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) und Europäische Politische Gemeinschaft (EPG).....	37
C.	Wirtschaftliche Integration: Die Römischen Verträge (EWG und Euratom).....	44
D.	Neuer Anlauf zu politischer Einigung?: Der <i>Fouchet-Plan</i> und die Europäische Politische Union (EPU) sowie <i>Van Gend & Loos</i> und <i>Costa/E.N.E.L</i>	47
E.	Keine Mehrheitsentscheidung: <i>De Gaulles „Politik des leeren Stuhls“</i> und der „Luxemburger Kompromiss“	50
F.	Aufbruch in den frühen 70er Jahren.....	55
G.	Krisenzeit seit Mitte der 70er bis in die 80er Jahre: „Euroskerose“	59
H.	Aufbruch zu neuen Ufern: Einheitliche Europäische Akte, Binnenmarktprojekt und Schengener Abkommen	66
I.	Mühsamer Umbau des Europäischen Hauses seit den 1990er Jahren: Die Verträge von Maastricht, Amsterdam und Nizza	69
J.	Das neue Jahrtausend: EU-Osterweiterung und Europäische Verfassung.....	78
K.	Zusammenfassende Beobachtungen.....	82
	I. Der „aleatorische Charakter“ des Integrationsprozesses: keine zwangsläufige Entwicklung zu immer mehr Integration	82
	II. Das Krisenhafte des Integrationsprozesses	83
	III. Wesentliche Impulse für den Integrationsprozess durch die Rechtsprechung des EuGH.....	84
	IV. Kein antizyklisches Verhalten des EuGH.....	84

§ 5 <i>Der EuGH als „Motor der Europäisierung“ in historischer Darstellung</i>	86
A. Die historische Entstehung des Gerichtshofes: Grundentscheidungen und Entwicklungspfade.....	90
I. Die Verhandlungen über einen Gerichtshof der Montanunion	91
1. Die grundsätzliche Entscheidung für einen Gerichtshof.....	92
2. Die Kompetenzen des Gerichtshofes.....	94
a. Legalitäts- vs. Opportunitätskontrolle	94
b. Die Individualbeschwerde	95
c. Das Vorabentscheidungsverfahren	96
3. Zusammenfassung	97
II. Die Urteile des Gerichtshofes der Montanunion	97
1. Direkte Anwendbarkeit des EGKS-Vertrages	98
2. <i>Effet utile</i> und <i>implied powers</i>	99
3. Extensive Zulassung der Individualbeschwerde	101
4. Ansätze einer Staatshaftung und Vorrang des Gemeinschaftsrechts.....	103
5. Die juristische Befassung mit den ersten Urteilen des Gerichtshofes der Montanunion	105
6. Zusammenfassung	106
III. Änderungen an der Konzeption des EuGH im EWG-Vertrag im Vergleich zum EGKS-Vertrag	107
1. Synopse der Veränderungen vom EGKS- zum EWG-Vertrag.....	107
2. Die Veränderungen im Einzelnen	111
a. Neue und weggefallene Klagearten	111
b. Individualbeschwerde	112
c. Vorabentscheidungsverfahren	112
3. Zusammenfassung: „Prozess des Erlernens von Supranationalität“	114
IV. Die weitere Geschichte des EuGH	114
V. Zusammenfassung der Entwicklung des EuGH: Entwicklungspfade	116
B. Die für die Europäisierung zentralen Prinzipien des EuGH in ihrem historisch-politischen Zusammenhang	117
I. Direktwirkung und Vorrang: Van Gend en Loos und Costa/E.N.E.L.....	118
1. Historischer Kontext: Der Übergang von der ersten zur zweiten Stufe	118
2. Die Urteile des EuGH <i>Van Gend&Loos</i> und <i>Costa/E.N.E.L.</i> : Die künstliche Trennung von Direktwirkung und Vorrangwirkung	121

3. Konsequenz I: Der EuGH wird zum „ <i>political player</i> “	124
4. Konsequenz II: Der politische Einigungsprozess wird entbehrlich	125
5. Bewertung der Rechtsprechung: Vorrang und Direktwirkung als bloß eine mögliche Interpretation	126
6. Zusammenfassung	127
II. Die weitere Entwicklung: Unmittelbare Wirksamkeit von Primärrecht und Richtlinien	128
1. Direkte Wirkung von Primärrecht.....	128
a. Das schrittweise Vorgehen des EuGH	128
b. Politische Verflechtung am Beispiel der Niederlassungsfreiheit.....	130
2. Unmittelbare Anwendbarkeit von Richtlinien	130
a. Die rechtliche Konstruktion der Direktwirkung von Richtlinien	131
b. Graduelle Ausweitung.....	132
c. Mangelnde Wahrnehmung der Rechtsprechung in der Rechtswissenschaft	133
d. Der politische Hintergrund: Unabhängigkeit der Gemeinschaft von obstruktiven Mitgliedstaaten	134
III. Staatshaftung der Mitgliedstaaten als Zwangsmittel der Wahl..	135
C. Fazit	137
§ 6 <i>Der EuGH als pragmatischer „political player“</i>	138
A. Die pragmatische Taktik zur Erreichung der Akzeptanz der zentralen Grundsätze	141
I. Nachvollziehen politisch getroffener vertragswidriger Entscheidungen: kein Kampf auf verlorenem Boden.....	144
II. Kein Anlass zur Beschwerde für die Mitgliedstaaten in wichtigen Urteilen	145
III. Abschichtung bedeutsamer Inhalte: „Salami-Taktik“	146
IV. Sicherung von Zugriffsrechten: „Vorpreschen und späteres Zurückrudern“.....	147
1. Beschränkungen der Warenverkehrsfreiheit.....	147
2. Vorabentscheidungsfragen.....	148
V. Die nur lose Determinationswirkung der Vertragstexte: Ausweitung der Regelungen des EWG-Vertrages	149

VI.	Die Instrumentalisierung von Auslegungsmethoden durch den EuGH, insbesondere der <i>effet utile</i>	151
1.	Die Besonderheiten des Gemeinschaftsrechts: Auswirkungen auf die Methodik.....	152
2.	Die zielgerichtete Instrumentalisierung von Auslegungsmethoden in der Rechtsprechung des EuGH, insbes. der <i>effet utile</i>	155
VII.	Das (Un)-Vermögen eines Gerichtshofes: Die bloß „negative“ Integrationsmöglichkeit.....	158
VIII.	Zusammenfassung	159
B.	Das Paradox der Befolgung von Urteilen des EuGH durch die Mitgliedstaaten	160
I.	Gründe für die Befolgung von EuGH-Urteilen.....	160
1.	Respekt für als unabhängig und neutral geltende Gerichtsurteile	161
2.	Interesse der Mitgliedstaaten am europäischen Integrationsprozess	161
3.	Kontrolle des politischen Entscheidungsprozesses durch die Mitgliedstaaten	162
4.	Unterstützung des EuGH durch die nationalen Gerichte	163
5.	Qualität und Autorität der Urteile des EuGH	163
6.	Unkenntnis von den Urteilen des EuGH	164
7.	Bewusste Delegation politischer Verantwortlichkeit an den EuGH (<i>legislative deferrals</i>).....	165
8.	Zusammenfassung	166
II.	Vorschläge zur Änderung im Umgang mit EuGH-Urteilen.....	166
1.	Politische Gestaltungsmöglichkeiten?.....	166
2.	Vorschlag: Differenziertere Rechtsdiskurse	167
C.	Zusammenfassung	168
Dritter Teil. Die Rechtswissenschaft und das Gemeinschaftsrecht	169	
§ 7 <i>Juristische Zeitschriften als „Spiegel“ der Wahrnehmung des Gemeinschaftsrechts in der Rechtswissenschaft</i>	171	
A.	Methodik	171
I.	Untersuchte Literatur	172
1.	Auswahl der Zeitschriften.....	172
2.	Analysemethode	174
II.	Untersuchter Zeitraum	175

B. Quantitative Analyse: Statistische Auswertung der Zeitschriftenaufsätze.....	175
I. Gesamtstatistik	176
1. Ergebnis aller untersuchten Zeitschriften.....	176
2. Gesamttendenz	176
II. Einzelauswertungen	179
1. Allgemeine juristische Zeitschriften	179
2. Öffentlich-rechtliche Zeitschriften.....	181
3. Zivil- und wirtschaftsrechtliche Zeitschriften	184
III. Zusammenfassung der statistischen Ergebnisse.....	186
 § 8 Die rechtswissenschaftliche Befassung mit dem Gemeinschaftsrecht – eine Chronologie der Inhalte	187
 A. Die 1950er Jahre.....	187
I. Die Situation fünf Jahre nach Kriegsende	187
1. Die sachliche Misere	187
2. Die personelle Misere.....	188
3. Das deutsche Recht unter dem Grundgesetz.....	188
II. Interessensgebiete	189
III. Gesamttendenz dieser Jahre	192
B. Die 1960er Jahre.....	192
I. Das Verhältnis von Gemeinschaftsrecht und nationalem Recht	193
II. Gemeinschaftsrecht und deutsches Verfassungsrecht	195
III. EuGH: Zwei epochenmachende Urteile und ihre (fehlende) Rezeption	196
IV. EWG-Recht	198
C. Die 1970er Jahre.....	200
I. Deutsches Verfassungsrecht und Gemeinschaftsrecht, insbes. <i>Solange I</i>	201
1. Verfassungsprinzipien und EWG-Recht.....	201
2. Deutsche Grundrechte und EWG-Recht: Die <i>Solange I</i> - Entscheidung des 2. Senats des BVerfG	202
a. Die Rechtsprechung des BVerfG zum Vorrang des Gemeinschaftsrechts	202
b. Die Einschätzung in der Literatur.....	205
c. Fazit: Die Grundrechtsfrage bleibt wichtig	208
II. Einflüsse des EWG-Rechts auf das nationale Recht	209
III. Europäisches Verfassungsrecht.....	210
IV. Untersuchungen zu Einzelfragen des EWG-Rechts	212
V. EuGH	213

D. 1980er und Anfang der 1990er Jahre: Trendwende in der Wahrnehmung des Gemeinschaftsrechts	214
I. 1980-1987.....	215
1. Zivilrecht.....	215
2. Öffentliches Recht.....	217
3. Relativierung des Befundes im Gesamtkontext	219
II. 1988	221
III. Die Jahre nach 1988.....	222
IV. Zusammenfassung und Ausblick auf die weitere Entwicklung .	227
§ 9 Periodisierung und Einordnung der rechtswissenschaftlichen Wahrnehmung des Gemeinschaftsrechts.....	231
A. Periodisierung der Wahrnehmungsphasen.....	232
I. Die „völkerrechtliche“ Phase	232
II. Das Gemeinschaftsrecht als „Spezialistenmaterie“	233
III. Die Wahrnehmung des Gemeinschaftsrechts als monolithischer Koloss	234
IV. Inzwischen allgegenwärtiger Bezug auf das Gemeinschaftsrecht und Europa	235
B. Erklärungsansätze: Gründe für die Wahrnehmung der Europäisierung seit Ende der 1980er Jahre	236
I. Die Umweltverträglichkeitsprüfung als Provokation für das Öffentliche Recht	236
II. Die Einheitliche Europäische Akte als Auslöser?	237
III. Die deutsche Wiedervereinigung macht den Umfang des <i>acquis communautaire</i> deutlich.....	241
IV. Das Maastricht-Urteil des BVerfG: Verspäteter Weckruf für die (Staats)Rechtswissenschaft?	241
C. Die wissenschaftliche Landschaft des Gemeinschaftsrechts	243
I. Wer waren die ersten Gemeinschaftsrechtler?	243
II. Verbindungen der Wissenschaftler untereinander.....	251
1. Forschungszentren in Deutschland.....	251
2. Wissenschaftliche Vereinigungen: „Wissenschaftliche Gesellschaft für Europarecht“ und „Fédération Internationale pour le Droit Européen“ (FIDE) sowie Vernetzung in Fachzeitschriften	252
§ 10 Europäisierung der Juristenausbildung: Die Kenntnis deutscher Juristen vom Gemeinschaftsrecht	254
A. Die Anfänge des Gemeinschaftsrechts im Rechtsunterricht in den 1950er Jahren.....	257
B. Zunahme gemeinschaftsrechtlicher Inhalte in den 1960er Jahren.....	258

C. Das Jahrzehnt der Reformen und ihre Auswirkungen auf das Gemeinschaftsrecht: Die 1970er Jahre	261
I. Die normativen Vorgaben für die Juristenausbildung	262
II. Das Lehrangebot im Gemeinschaftsrecht	268
III. Die Examensrelevanz des Gemeinschaftsrechts	275
IV. „Einzug des Gemeinschaftsrechts an den Fakultäten“	275
D. Die Lage in den 1980er Jahren.....	276
I. Das bis Mitte der 1980er Jahre unveränderte System der 1970er Jahre	276
II. Die durch das 3. Änderungsgesetz zum Deutschen Richtergesetz 1984 angestoßenen Reformen	278
III. „Alles beim Alten“	282
E. Die Lage in den 1990er Jahren.....	283
I. Die Reformdiskussion 1990	283
II. Das Lehrangebot in den 1990er Jahren.....	286
III. Bewusstseinswandel zu Beginn der 1990er Jahre	290
F. Internationalisierung, Globalisierung und Europäisierung des Rechtsunterrichts seit der Jahrtausendwende	291
I. Die Juristenausbildungsreform von 2002	291
II. Die Rolle des Gemeinschaftsrechts im gegenwärtigen Rechtsunterricht: Die neuen Schwerpunktbereiche an den Universitäten	292
III. Fazit: Das Gemeinschaftsrecht ist endgültig im Rechtsunterricht angekommen	298
G. Zusammenfassung	298
Vierter Teil. Die Europäisierung der drei Gewalten	301
§ 11 <i>Europäisierung der Legislative</i>	304
A. Zahlenspiele: Überregulierungsklage und 80-Prozent-Mythos	309
I. Jacques Delors im Jahre 1988: 80 %	309
II. Roman Herzog und Lüder Gerken im Jahre 2007: 84 %.....	311
III. Die Bedeutung empirisch belegter Zahlen.....	312
B. Statistische Befunde: Umsetzungsakte des deutschen Gesetzgebers ..	313
I. Allgemeine Entwicklung.....	314
II. Speziell: Die 15. Wahlperiode	318
C. Grenzbereiche der quantitativen Messung: Alternative Ansätze und Einschränkungen.....	320
I. Außerachtlassung von Rechtsverordnungen als Umsetzungsrechtsetzung	321
II. Außerachtlassung gemeinschaftsrechtlicher Verordnungen	321
III. Die sog. „Non-Decisions“	322

IV.	Die Notwendigkeit qualitativer Bewertung: Nicht alle Gesetze sind gleich wichtig	323
V.	Beschränkung der Analyse auf die Bundesebene?	325
VI.	Messung von Kompetenzübertragungen statt realen Gesetzgebungsakten: Wirklich eine Alternative?	326
VII.	Fazit: Große Schwierigkeiten quantitativer Ansätze.....	328
D.	Reaktionen des Deutschen Bundestages auf die zunehmende Europäisierung	329
I.	Allmähliche institutionelle Veränderungen: Historischer Abriss	330
1.	Die ersten Jahrzehnte: Zaghafte Versuche	330
2.	Zunehmende Bedeutung der Europapolitik in den 1990er Jahren.....	332
3.	Gremienbildung seit den 1990er Jahren	332
a.	Der EG-Ausschuss	332
b.	Der EU-Ausschuss	333
4.	Die parlamentarische Behandlung von EG-Vorlagen	335
5.	Fazit zu den institutionellen Reaktionen des Bundestages auf die Europäisierung	335
II.	Informelle Einflussnahme	336
1.	Auf die Bundesregierung: Fraktionsarbeitsgruppen	336
2.	Informelle Informationssammlung: Kontakte zur europäischen Ebene	336
3.	Persönliche Kontakte: „Euro-Füchse“	336
4.	<i>Conférence des organes spécialisés dans les affaires communautaires</i> (COSAC).....	337
5.	Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft	337
6.	Fazit zur informellen Mitsteuerung der Europapolitik.....	338
III.	Der Deutsche Bundestag als „Subsidiaritätswächter“	338
IV.	Fazit	340
E.	Änderungen der Gesetzgebungstechnik.....	341
I.	Wandel der Gesetzgebung: Konsequenzen der europäischen Integration	341
II.	Die generelle Bezugnahme auf Gemeinschaftsrecht	344
F.	Zusammenfassung	345
I.	Ergebnis der quantitativen Untersuchung.....	345
II.	Ergebnis der historischen Untersuchung	346
III.	Europäisierung der Gesetzgebungstechnik	348
<i>§ 12 Europäisierung der (Ministerial)Verwaltung</i>		349
A.	Historische Perspektive: Organisatorische Europäisierung der Ministerialverwaltung auf Bundesebene	354

I.	Die Anfänge: Bundeswirtschaftsministerium und Auswärtiges Amt – nicht nur ein Kampf um Kompetenzen	354
1.	Die späte Wiederherstellung des deutschen Auswärtigen Amtes	355
2.	Der Gegensatz zwischen <i>Adenauer</i> und <i>Erhard</i> in der Europapolitik.....	355
3.	<i>Adenauers</i> Entscheidung über den Kompetenzkonflikt im Oktober 1957.....	356
4.	Die „Abteilung E“ im Bundeswirtschaftsministerium	357
II.	Der Staatssekretärausschuss für Europafragen	359
III.	Chronologie: Die Einrichtung von Europaabteilungen in den Bundesministerien.....	361
IV.	Zusammenfassende Beobachtungen	370
B.	Die gegenwärtige Lage: Daten und Interpretationen	371
I.	Die Fakten in Deutschland	371
II.	Übergang zu einer staatenübergreifenden Verwaltung?	374
C.	Der deutsche öffentliche Dienst.....	376
I.	Aus- und Weiterbildung.....	377
II.	Mitarbeit deutscher Beamterinnen und Beamten in europäischen Institutionen	378
III.	Personeller Austausch mit anderen Mitgliedstaaten.....	380
IV.	Zusammenfassung	381
D.	Zusammenfassung	382
	<i>§ 13 Europäisierung der Justiz</i>	384
A.	Bedeutung des Vorabentscheidungsverfahrens für die nationale Rechtsordnung: Konsequenzen für die Gewaltenteilung	386
I.	Rechtsprechung des EuGH zum Umgang nationaler Gerichte mit dem Vorabentscheidungsverfahren: <i>Simmenthal II</i>	387
II.	Das <i>Quelle</i> -Verfahren des BGH als Beispiel der Brisanz des Vorlageverfahrens für die innerstaatliche Gewaltenteilung	390
1.	Art. 20 Abs. 3 GG, das Gemeinschaftsrecht und die Kommentierungen.....	391
2.	Das <i>Quelle</i> -Verfahren.....	393
3.	Fazit: Die Lehren des <i>Quelle</i> -Verfahrens.....	398
III.	Die Rechtsprechung des BVerfG zum Vorabentscheidungsverfahren	398
IV.	Gründe für die mangelnde analytische Durchdringung seitens der Rechtswissenschaft: Ein „blinder Fleck“	400
B.	Der „politische“ Umgang mit dem Vorabentscheidungsverfahren.....	404
I.	Einerseits: Großzügige Zulässigkeit von Vorabentscheidungsvorlagen durch den EuGH	404
1.	Erneute Vorlage bereits beantworteter Fragen	404

2. Zulässigkeit trotz „unkorrekt er Fragestellung“.....	405
II. Andererseits: Versuche, Vorlagen deutscher Gerichte zu verhindern	406
1. Faktische Verhinderung der Vorlage durch Klaglosstellung.	407
2. Vorlagebefugnis nur für letztinstanzliche Gerichte?	407
3. <i>Acte-clair</i> -Doktrin	408
III. Zusammenfassung	409
C. Deutsche Vorlagen an den EuGH: Vorlagebeschlüsse deutscher Gerichte.....	409
I. Allgemeine Statistik.....	410
II. Beteiligung der verschiedenen deutschen Gerichtszweige	413
1. Finanzgerichtsbarkeit	415
a. Zahlen.....	415
b. Der Konflikt zwischen BFH und EuGH Mitte der 1980er Jahre	415
2. Verwaltungsgerichtsbarkeit	417
3. Ordentliche Gerichtsbarkeit.....	418
4. Sozialgerichtsbarkeit	419
5. Arbeitsgerichtsbarkeit.....	420
III. Befolgung der Vorabentscheidungen des EuGH.....	421
D. Interpretation der statistischen Befunde:	
Warum kooperieren die deutschen Gerichte mit dem EuGH?.....	422
I. Besondere Vorlagefreudigkeit der deutschen Richterschaft?	422
II. Gründe für die Vorlagebereitschaft deutscher Gerichte	423
1. Faktische Voraussetzungen für Vorlagebeschlüsse deutscher Gerichte.....	423
a. Bekanntheitsgrad des Vorabentscheidungsverfahrens.....	423
b. Ausstattung der Gerichtsbibliotheken.....	424
c. Bedeutung des Gemeinschaftsrechts in der Ausbildung...	425
d. Allgemeine Berichterstattung über das Gemeinschaftsrecht.....	426
2. Bedeutung der Anwaltschaft für die Einleitung von Vorabentscheidungsverfahren.....	426
3. Intrinsische Faktoren	426
a. Gewöhnung durch Art. 100 GG.....	427
b. Umgehung des Instanzenzuges	427
4. Gründe für Nicht-Vorlage.....	428
E. Zusammenfassung	428

Fünfter Teil. Theoretischer Rahmen und Systematisierung der Einwirkungsmechanismen des Gemeinschaftsrechts.....	431
§ 14 Notwendigkeit neuer theoretischer Konzepte und Charakterisierung des Verbundes von nationalem und gemeinschaftlichem Recht als föderale Ordnung	432
A. „Supranationalität“ als historisches und völkerrechtliches Novum....	433
I. Supranationalität als neuer Begriff für das neuartige Konzept der Montanunion.....	433
II. Das „Erlernen“ von Supranationalität am Beispiel der Montanunion	434
III. Die Flankierung der Supranationalität durch föderale Elemente in der EWG.....	435
B. Die Kontroverse um einen „Verlust an Souveränität“ als Beleg für die Notwendigkeit neuer begrifflicher Konzepte	437
I. Der Begriff der „Souveränität“.....	437
II. Historischer Hintergrund: Die junge Bundesrepublik kehrt in die internationale Staatengemeinschaft zurück	439
III. Fazit: Die Notwendigkeit neuer theoretischer Konzepte für das Neuartige	441
IV. Zwei Lösungswege: Schaffung neuer Begrifflichkeiten oder Umformung überkommener Begrifflichkeiten.....	443
1. Bei neuen Begrifflichkeiten herrscht „Begriffswettbewerb“.444	
2. Notwendige Fortbildung überkommener Begrifflichkeiten ..	446
C. Die europäische Integrationsgemeinschaft als föderale Ordnung.....	448
§ 15 Systematisierung der Einwirkungsmechanismen des Gemeinschaftsrechts auf das nationale Recht	451
A. Drei grundlegende Einwirkungsmechanismen in der europäischen föderalen Ordnung.....	452
I. „Umsetzungsrecht“: Nationale Umsetzung materiellen Gemeinschaftsrechts	455
II. „Durchsetzungsrecht“: in Fällen mangelhafter Umsetzung und Anwendung.....	455
III. Ungesteuerte Anpassungsprozesse	456
B. Umsetzung materiellen Gemeinschaftsrechtes	457
I. Unterscheidung nach der Natur des Gemeinschaftsrechtsaktes?457	
II. Unterscheidung nach Einwirkungsintensität.....	458
1. Veränderung von Grenzwerten	459
2. Gemeinschaftsrechtliche Regelung eines ganzen Rechtsgebiets.....	459
3. Einführung neuer Rechtskonzeptionen.....	461

C. Das föderale Bedürfnis nach einem „Durchsetzungsrecht“	463
I. Das typisch föderale Kontrollbedürfnis	464
1. Die mitgliedstaatliche Ausführung des Gemeinschaftsrechts	464
2. Die aus Sicht der Gemeinschaft obstruktiven Tendenzen der Mitgliedstaaten.....	465
3. Das Bedürfnis nach Kontrolle der einheitlichen Wirkung des „föderalen Rechtes“ in föderalen Ordnungen.....	465
II. Die zentrale Bedeutung des EuGH für die Überwachung der Durchsetzung des Gemeinschaftsrechts.....	467
1. Schaffung der grundlegenden Voraussetzungen für die innerstaatliche Wirkung des Gemeinschaftsrechts durch die Rechtsprechung des EuGH.....	468
2. Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts durch den EuGH.....	468
a. Vertragsverletzungsverfahren.....	468
b. Vorabentscheidungsverfahren	469
3. Hauptargumentationstopos: <i>Effet utile</i>	470
III. Charakteristika von „Durchsetzungsrecht“	470
1. Notwendigkeit für „Durchsetzungsrecht“ nur bei Fehlverhalten der Mitgliedstaaten	471
2. „Durchsetzungsrecht“ als Einzelfallrecht.....	471
3. „Durchsetzungsrecht“ als Recht des EuGH.....	471
4. Regelmäßige Friktionen mit dem nationalen Rechtssystem..	471
IV. Beispiel: Rücknahme gemeinschaftsrechtswidriger Subventionen – Umbau des nationalen Verwaltungs- verfahrensrechts?	472
1. Die ältere Rechtsprechung des EuGH zu Vertrauenschutz und Rücknahme von Verwaltungsakten, insbes. Beihilfen ...	473
2. Die <i>Alcan</i> -Entscheidung	475
3. Zwei verschiedene Interpretationen von § 48 VwVfG?	478
D. Ungleisteuerte Anpassungsprozesse.....	480
I. Vertikale Anpassung: „Fernwirkungen“ des Gemeinschaftsrechts	480
1. „Überschießende“ Umsetzung von Richtlinien	481
2. Gemeinschaftliches <i>soft law</i>	482
3. Vorbildfunktion gemeinschaftsrechtlicher Regelungen	482
II. Horizontale Anpassung: Zunehmende Rechtsvergleichung	482
III. Vertikal-horizontale Anpassung: Zwischenformen.....	483
1. Das Prinzip gegenseitiger Anerkennung	483
2. Regulativer Wettbewerb:„Wettbewerb der Rechtsordnungen“	484
E. Zusammenfassung	484

Sechster Teil. Das europäisierte deutsche Recht	487
<i>§ 16 Die zentralen Ergebnisse dieser Arbeit.</i>	488
A. Europäisierung als juristische statt politischer Integration.....	488
B. Europäisierung als unbeobachteter Prozess	490
<i>§ 17 Das europäisierte deutsche Recht</i>	492
A. Komplementarität.....	492
B. Reziprozität	493
C. Rekonstruktion der deutschen als mitgliedstaatliche Rechtsordnung .	494
<i>§ 18 Der Umgang mit dem europäisierten deutschen Recht</i>	495
A. Einsicht in die derzeitige Unumkehrbarkeit der Europäisierung	496
B. Unaufgeregte, aber kritische Begleitung der Entwicklung von Gemeinschafts- und EU-Recht.....	497
C. Einflussnahme auf die weitere Entwicklung des Gemeinschaftsrechts.....	498
Literaturverzeichnis	501
Entscheidungsregister	566
Sach- und Personenregister	574